

## **Laudatio FIPH Preisverleihung Wissenschaftliche Preisfrage 2013**

Prof. Dr. Saskia Wendel, Universität zu Köln

„Was ist und wie entsteht demokratische Identität?“ – so lautete die diesjährige wissenschaftliche Preisfrage des Forschungsinstituts für Philosophie. Diese Frage schließt zum einen die Voraussetzung ein, dass keineswegs mit sicherer Gewissheit feststeht, was man unter demokratischer Identität versteht, und dass die Bestimmung demokratischer Identität durchaus auch von dem Kontext abhängig ist, in dem sie aufkommt. Und zum anderen setzt diese Frage voraus, dass die Existenz demokratischer Identität nicht quasi natürlich gegeben ist; niemand kommt bekanntlich schon als Demokratin, als Demokrat, auf die Welt. In dieser Hinsicht ist der Begriff der demokratischen Identität weder ein Substanzbegriff noch bedeutet er eine statische Identität; ebenso wenig ist er so material durchbestimmt, dass er andere materiale Bestimmungen demokratischer Identität exkludiert. Über die demokratische Identität lässt sich das Gleiche sagen, was die US-amerikanische Prozesstheologin Catherine Keller über die Demokratie als solche gesagt hat: „Demokratie ist ein un abgeschlossener Prozess der Interaktion, ohne feststehendes Ergebnis; sie ist ihrem Selbstverständnis entsprechend experimentell und ein quasi abenteuerliches Unternehmen. Sie ist die riskanteste Regierungsform überhaupt: und sie erfordert eine unaufhörliche Revolution gegen die Top-Down-Pyramiden der Machtausübung, die als fest verwurzelte menschliche Angewohnheit bestehen.“<sup>1</sup>

Demokratische Entscheidungen sind mühsam, sie erfordern viel Geduld und Überzeugungsarbeit, und sie sind immer auch interessegeleitet, manchmal auch manipulierbar. Demokratie lebt zudem nicht nur von der Bereitschaft zum Konsens, so wichtig dieser auch ist, sondern vor allem auch von der Bereitschaft zu Auseinandersetzung und Konflikt. Demokratisch verfasste Gesellschaften akzeptieren, dass das Zusammenleben in einer Gesellschaft immer auch durch Widersprüche und widerstreitende Interessen gekennzeichnet ist, Widersprüche, die nicht immer versöhnt werden können, auch nicht immer versöhnt werden sollen. Die Demokratie ist somit alles andere als eine harmonische Veranstaltung, und ihr Ziel ist dementsprechend auch nicht das Aufgehen aller Einzelinteressen in einer allumfassenden Harmonie und Einheit, sei es diejenige eines allgemeinen Volkswillens, sei es diejenige einer

---

<sup>1</sup> Catherine Keller: The Dare Of Democracy: Fear, Faith And Freedom. In: Journal for Cultural and Religious Theory. Vol. 8, 3 (2007), S. 105-116 (eigene Übersetzung).

integralen Gemeinschaft. Für demokratisches Handeln ist das Politische eben nicht das Totale, und ihre politische Form idealiter alles andere als ein „Top-Down-Modell“. Das macht erneut deutlich, dass demokratische Identität wenig mit einer absoluten Identität zu tun hat, in der alle Differenzen aufgehoben sind. Demokratische Identität folgt vielmehr dem Modell einer Identität in Differenz, einer „Konstellation des Unterschiedenen“ (Th. W. Adorno).

Zugleich verlangt Demokratie viel ab, sowohl von den Individuen wie auch von den gesellschaftlichen Organisationen und Institutionen, insbesondere von staatlichen Organisationen und Institutionen. Vom Individuum erfordert sie die Fähigkeit und die Bereitschaft zur Teilhabe und zur aktiven Gestaltung des gesellschaftlichen Zusammenlebens sowie die Bereitschaft dazu, Positionen nicht gewaltförmig durchzusetzen, sondern Entscheidungen diskursiv herbeizuführen und damit gerade auch dem „Freund-Feind“-Schema zu entsagen. Vom Staat wiederum erfordert die Demokratie die Garantie bürgerlicher und sozialer Rechte als Möglichkeitsbedingungen dafür, dass prinzipiell alle ihr Leben frei und selbstbestimmt führen und ihr Zusammenleben ebenso frei und selbstbestimmt gestalten können: Wem es an „Freiheit wovon“ mangelt, wird kaum dazu in der Lage sein, „Freiheit wozu“ zu leben. Und wer ständig damit beschäftigt sein muss, sein Leben zu sichern und zu erhalten, weil es ihm/ihr an Geld und/oder anderen materiellen Gütern mangelt, um ein Leben in Würde führen zu können, hat wenig Zeit und Muße, sich um mehr zu kümmern denn um die Sicherung der eigenen Existenz, von der damit verbundenen Verbitterung und Resignation ganz zu schweigen.

Doch auch wenn die demokratische Identität so offen und verflüssigt ist wie die Demokratie selbst, auf die sie sich bezieht, ist sie doch alles andere als beliebig oder bar jeglicher Kriterien. Denn sie setzt die Anerkennung eines formalen Prinzips voraus, ohne die sie nicht zu denken ist: die Anerkennung der Einmaligkeit jeder einzelnen Person und der damit verbundenen Würde sowie der gleichursprünglich damit verbundenen Prinzipien der Freiheit und der Gleichheit aller. Dem entspricht die Anerkennung von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität in ihrer unauflöselichen Wechselseitigkeit als politische Grundwerte. Wem diese Prinzipien und Werte nicht als universal gültig einleuchten, der/die wird kaum die Mühen, manchmal auch Frustrationen auf sich nehmen, die demokratische Prozesse häufig auch mit sich bringen. Und wer die Freiheit eher fürchtet als hochschätzt, wird nur wenig Verständnis für ein *Procedere* einbringen, das im Zweifel eher der Freiheit den Vorrang einräumt denn

der Effizienz der Machtausübung oder einem überbordenden Streben nach Sicherheit. Demokratische Identität basiert somit auf einem formalen Prinzip, das quasi als Angelpunkt des offenen Prozesses fungiert, den Demokratie darstellt, und den auch die demokratische Identität bestimmt und ausmacht: die Freiheit und Gleichheit der Person. Dieses Prinzip begieret keineswegs die Offenheit des Prozesses, sondern ermöglicht diesen allererst. Denn nur wer den Anderen/die Andere als Freie und Gleiche achtet und anerkennt, wird bestrebt sein, auch deren Positionen und Standpunkte als legitimen Teil eines diskursiven Verfahrens zu verstehen, das auf Überzeugung abzielt, nicht aber auf pure Überredung oder gar auf Zwang.

Doch selbst, wenn man sich vielleicht noch darüber verständigen kann, was demokratische Identität bestimmt und ausmacht, so ist die Frage nach ihrem Entstehen weitaus schwieriger zu beantworten, eben weil demokratische Identität nicht substantiell zu verstehen ist. Vielleicht gibt es darauf ebenso wenig eine klare Antwort wie auf die Frage nach dem Entstehen religiöser Identität. Genauso wenig wie diese kann demokratische Identität „gemacht“, „hergestellt“ werden. Ereignisse unserer jüngsten Geschichte zeigen, dass Demokratie niemals von außen aufgezwungen oder gar gewaltsam herbeigeführt, quasi herbeigebombt werden kann, und dass Demokratisierungsprozesse nur von innen heraus gelingen können und deshalb Zeit brauchen und immer auch mit Rückschlägen verbunden sind. Und es zeigt sich, dass demokratische Identitäten auch wieder verloren gehen können, ja in einer geradezu erschreckenden Dialektik sich gegen sich selbst wenden können. Nicht von ungefähr wird gegenwärtig in manchen Leitartikeln gefragt, ob etwa die im Zuge der sogenannten NSA-Affäre publik gewordene Praxis umfassender Überwachung der eigenen Bürgerinnen und Bürger durch westliche Geheim- und Sicherheitsdienste letztlich demokratiefeindliche Akte sind und somit ein Beispiel dafür, wie sich demokratische Institutionen gegen die Demokratie wenden und sich so selbst aufzulösen drohen – und damit das Geschäft des Gegners womöglich effizienter betreiben als diese es je könnten.

Die Frage nach der demokratischen Identität ist somit mehr als nur eine spekulative Frage, sie ist von praktisch-politischer Relevanz und Brisanz zugleich und vor allem: Sie ist hochaktuell, wenn man an gegenwärtige politische Ereignisse und Entwicklungen denkt. Und sie motiviert offensichtlich zu philosophischer Auseinandersetzung, denn wir haben zur Preisfrage zahlreiche Essays zugeschickt bekommen. Recht schnell haben sich im demokratischen Entscheidungsprozess der Jury die

preiswürdigen Arbeiten herauskristallisiert, und ebenso zügig die drei preisgekrönten Arbeiten bzw. Preisträger, denen heute die Preise überreicht werden. Unbeschadet ihrer unterschiedlichen Fragestellungen, Methoden und Thesen sind diese drei Essays darin geeint, dass sie eine gemeinsame Voraussetzung teilen, nämlich diejenige, die hier bereits angesprochen worden ist: Die Bestimmung demokratischer Identität erfolgt weder in substanzmetaphysischen Bahnen noch in identitätslogischen Mustern. Ich möchte Ihnen nun kurz die Preisträger und die zentralen Thesen ihrer Essays vorstellen – die Essays werden die Preisträger Ihnen dann ja selbst nochmals ausführlich präsentieren.

Der erste Preis wurde an Herrn Dr. Felix Heidenreich vergeben. Herr Dr. Heidenreich wurde 1973 im schönen Freiburg i. Br. geboren und studierte nach Beendigung des Zivildienstes Philosophie und Politikwissenschaften in Heidelberg, Paris und Berlin. Im Jahr 2005 wurde er in Heidelberg mit einer Arbeit über das Verhältnis von Anthropologie und Modernetheorie im Denken Hans Blumenbergs promoviert. Während des Studiums arbeitete er für Studierendenzeitschriften und überregionale Medien und erhielt ein Studienabschlussstipendium für Nachwuchsjournalisten der Karl-Gerold-Stiftung. Seit 2005 ist Herr Dr. Heidenreich als wissenschaftlicher Koordinator eines wissenschaftlichen Forschungszentrums sowie als Lehrbeauftragter am Fachbereich Politische Theorie der Universität Stuttgart tätig. Zu seinen aktuellen Publikationen gehört eine Einführung in die Wirtschaftsethik und ein Buch über den Begriff der Gerechtigkeit.

Heidenreich hat einen exzellenten Aufsatz vorgelegt: souverän in Gedankenführung, Argumentation und Stil, innovativ im Lösungsvorschlag. Er problematisiert zunächst den Begriff der demokratischen Identität vor dem Hintergrund identitätskritischer Differenz-Philosophien. Demokratische Identität könne allenfalls, so Heidenreich, nicht-substantialistisch und „nicht-identitär“, also entgegen traditioneller Identitätslogik, gedacht werden. Dieser nicht-identitätslogische Identitätsbegriff bezieht sich auf den Gedanken eines unabgeschlossenen, entwicklungsoffenen „Wir“ im Sinne eines performativen und indexikalischen Ausdrucks. Heidenreich bestimmt dieses Wir in innovativer Art und Weise als „vokatives Wir“: „Im Gegensatz zu einem ‚nominativen Wir‘ wäre damit ein Modus des Sprechens benannt, der sich bewusst ist, dass die Sprechakte selbst die Gegenstände konstituieren, auf die referiert wird, ohne diese Gegenstände deshalb zu bloßen ‚Fiktionen‘ zu erklären. Das vokative Wir ruft sich selbst ins Leben, schließt aus der selbstsuggestiven Genese des ‚Wir‘ jedoch

nicht auf dessen Nichtigkeit. (...) Demokratische Identität wäre dann ein aus der Erfahrung des Politischen, aus Empörung und Protest erwachsendes, sich in Konventionen und demokratischen Lebensformen auskristallisierendes Gebilde, das stets vokativisch, prekär und fragil bleibt.“

Der zweite Preis geht an Herrn Martin Breul. Herr Breul wurde 1986 in Warendorf im östlichen Münsterland geboren. Nach seiner Abiturprüfung im Jahr 2005 absolvierte er ein Freiwilliges Soziales Jahr in einer Werkstatt für behinderte Menschen und studierte dann von 2006-2011 Anglistik, Philosophie und Katholische Theologie an der Universität zu Köln und an der Queen's University Belfast. Während des Studiums war er als studentische Hilfskraft und Tutor am Philosophischen Seminar der Universität zu Köln tätig und Stipendiat der Bischöflichen Studienstiftung Cusanuswerk. Im Jahr 2010 legte er das Erste Staatsexamen in Anglistik und Philosophie ab, im Jahr 2011 dann noch im Fach Katholische Theologie. Seit 2011 arbeitet er als wissenschaftlicher Angestellter am Lehrstuhl für Systematische Theologie des Instituts für Katholische Theologie der Universität zu Köln und promoviert daselbst zu einem religionsphilosophischen Thema, genauer hin zur Legitimität religiöser Gründe in öffentlichen bzw. politischen Diskursen. Herr Breul ist Stipendiat der Promotionsförderung des Cusanuswerkes und Kollegiat der a.r.t.e.s. Graduate School for the Humanities University of Cologne. Zudem ist er als freier Mitarbeiter der Sendung „Das philosophische Radio“ beim WDR 5 tätig.

Breuls ausgezeichneter Beitrag besticht durch analytische Klarheit, begriffliche Präzision und überzeugende argumentative Kraft. Zugleich legt er eine kreative Antwort auf die Preisfrage vor. Er geht in seinem Essay von der These aus, dass demokratische Identität von einer Doppelstruktur geprägt ist: Einerseits bedürfe die Ausbildung demokratischer Identität der Einsicht in die Legitimität des politischen Verfahrens, welche durch die Bedingungen der Inklusion und der Deliberation begründet wird, andererseits reiche jedoch solch eine rein formale, verfahrensrationalen Theorie nicht dazu aus, die Bereitschaft zu demokratischer Partizipation und Engagement zu generieren. Dazu bedürfe es, so Breul in Bezug auf entsprechende Überlegungen von Jürgen Habermas sowie auf das bekannte „Böckenförde-Theorem“, „vorpolitische Grundlagen“, die stabile demokratische Identitäten ermöglichen. Hierzu werden häufig auch religiöse Überzeugungen und Einstellungen herangezogen, was jedoch den Grundsätzen einer liberalen Demokratie und der damit verbundenen Anforderung staatlicher Neutralität und Enthaltensamkeit in weltanschaulicher Hinsicht zu wider-

sprechen scheint. Breul macht zur Lösung des Problems einen kreativen Vorschlag, der über Habermas' Lösungsvorschlag hinausgeht und so auch die Gefahr einer reduktiven Instrumentalisierung von Religion und Christentum meidet. Es handelt sich um die Differenzierung zwischen rechtfertigenden und motivationalen Gründen. Erstere können zur Rechtfertigung politischer Normen herangezogen werden, die mit dem Anspruch universaler Gültigkeit verbunden sind, und unterliegen den Kriterien diskursiver Willensbildung, letztere generieren die Motivation zur Partizipation an Normenbildungsprozessen und speisen sich dabei vorrangig aus ethischen Grundlagen. Diese ethischen Grundlagen können sich auch auf ethische Überzeugungen beziehen, die unbeschadet ihres Geltungsanspruchs nicht von allen geteilt werden, da sie Teil bestimmter weltanschaulicher, beispielsweise religiöser Praxen und Lebensformen sind. In dieser Hinsicht sind diese ethischen Grundlagen zwar partikular, können aber durchaus dazu herangezogen werden, die motivationalen Lücken der Legitimation durch Verfahren zu schließen, und dies je konkret in Bezug auf die jeweilige partikulare weltanschauliche Ausrichtung: „Eine so verstandene demokratische Identität vermag es, den universalen Anspruch politischer Normen mit der Partikularität konkreter Identitäten zu verknüpfen.“

Der Träger des dritten Preises ist Herr Matthias Katzer. Herr Katzer wurde 1976 in Düsseldorf geboren und studierte 1997-2003 Philosophie, Neuere Geschichte und Soziologie in Paris, Heidelberg und Tübingen; 2003-2004 war er Visiting Student Researcher an der University of California in Berkeley, 2005 Trainee bei der Europäischen Kommission in Brüssel und 2007-2011 wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Siegen. Seit 2011 ist er wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Philosophie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Im Jahr 2012 hat er mit einer Arbeit zum Begriff und zur Begründung der Menschenrechte an der Goethe-Universität-Frankfurt am Main in Philosophie promoviert – die Arbeit ist jedoch noch nicht publiziert. Herr Katzer hat zum Thema Menschenrechte und zur Frage der Universalität liberaler Normen publiziert, es liegen zudem Einführungen in die Aristotelische Ethik und in die Moralphilosophie Kants im Hörbuchformat vor.

Katzers Essay überzeugt in der klaren und strukturierten Darstellung und Kritik verschiedener Positionen sowie in der sehr gut begründeten eigenen Position und Beantwortung der Preisfrage. Katzer geht der Frage nach, auf welcher Grundlage die Akzeptanz demokratischer Regeln beruht und welche Überzeugungen von allen geteilt werden müssen. Katzer diskutiert drei Modelle, die diese Frage zu beantworten

suchen: das kulturalistische Modell Samuel Huntingtons, das auf kulturelle Traditionen setzt, das agonistische Modell von Chantal Mouffe, in dessen Fokus die gegenseitige Anerkennung von nach Hegemonie strebenden Akteuren als legitime Gegner steht, und das Modell eines übergreifenden Konsenses von John Rawls. Katzer favorisiert eine modifizierte Fassung des dritten Modells und fordert einen Minimalkonsens: „Demokratische Identität ist zunächst die Akzeptanz von Minimalbedingungen, die für das Funktionieren einer Demokratie notwendig sind. Diese Bedingungen umfassen Verfahrensregeln der gleichberechtigten Teilnahme aller an gemeinsamen Entscheidungen sowie den Schutz von grundlegenden Freiheiten aller.“

Sie alle, meine Herren Preisträger, haben ausgezeichnete Essays vorgelegt, die teilweise nicht nur zu Zustimmung, sondern auch zum Widerspruch und zum Disput herausfordern – und das ist ja nicht das Schlechteste, was ein Essay zu erreichen vermag, zumal wenn es sich um das Thema demokratische Identität handelt. Dazu möchte ich Sie auch im Namen der Jury ganz herzlich beglückwünschen und Ihnen für Ihre weitere Arbeit viele Ideen, Erfolg und alles erdenklich Gute wünschen! Es ist Ihnen und uns zu wünschen, dass Sie uns auch in Zukunft noch viel zu denken und zu diskutieren geben! Herzlichen Dank!